

Vorsitzender Gräf verweist auf den Antrag der FDP- Fraktion und der CDU-Fraktion vom 15.8.2011 in dem es darum geht, Konzentrationsräume auszuweisen. Für den Fall einer Machbarkeit im Bereich der K 27 (Lindscheid) solle ein interkommunales Projekt mit der Stadt Hennef angestrebt werden.

Herr Lorenz führt aus, dass man in Eitorf das Erreichen der Klimaschutzziele vorantreiben will. Ziel des Antrages sei es, sich auf ein bis zwei Bereiche in Eitorf für Windkraftträder zu konzentrieren um einer Zergliederung entgegenzuwirken.

Die Fraktionen von SPD, CDU und BfE signalisieren ebenfalls Zustimmung zu dem Beschlussvorschlag.

Herr Rupprecht erklärt, dass sich seine Fraktion in der Haushaltsrede dafür ausgesprochen habe, Windvorrangflächen grundsätzlich zu prüfen und auszuweisen. Er hält dies für sinnvoller, als sich auf einige wenige Bereiche zu beschränken, wie aus dem gemeinsamen Antrag der FDP- und CDU- Fraktion vom 15.8.11 hervorgeht. Er schlägt vor, aufbauend auf die 1997 durchgeführte Untersuchung, eine flächendeckende Untersuchung für geeignete Standorte in Auftrag zu geben.

Vorsitzender Gräf stellt klar, dass der Antrag eine Prüfung von Vorrangflächen im ganzen Gebiet der Gemeinde Eitorf vorsieht. Dabei soll lediglich ein Schwerpunkt die Untersuchung der Fläche südlich des Ortsteils Lindscheids an der K 27 sein.

Herr Rupprecht entgegnet, dass er es nicht für sinnvoll hält, den Schwerpunkt auf die benannten Flächen zu legen.

Da die Untersuchung in der ersten Phase ohne die Stadt Hennef als möglichen Partner durchgeführt wird, bittet Herr Kemmler nachzufragen, wer dort den Auftrag zur Untersuchung erhalten hat. Möglicherweise könne man mit der Beauftragung des gleichen Unternehmens Synergieeffekte nutzen und beispielsweise die gesammelten Daten zu einem späteren Zeitpunkt zusammenführen.

Erster Beigeordneter Sterzenbach antwortet, dass die von der Stadt Hennef beauftragte Firma bereits bekannt ist und bei entsprechender Beschlussfassung auch um Abgabe eines Angebotes gebeten wird. Gleichzeitig bestätigt er, dass die Daten aus der 1997 durchgeführten Untersuchung als Basis genutzt werden sollen.